

## Partizipations- und Engagementbereitschaft in Parteien

### Handlungsempfehlungen

1. Eine Organisationsreform allein kann kein Allheilmittel sein, sondern muss durch eine klare Programmatik (und zugehörigen Politik-Output) komplettiert werden.

Ein inhaltlich klares Profil wurde als notwendig erachtet; jegliche Policy-Maßnahmen könnten explizit rückgebunden werden an übergeordnete Werte („Utopien“). So kann dem weit verbreiteten Eindruck von *instant politics* begegnet werden. In letzter Konsequenz muss dieses programmatische Profil seinen Niederschlag in konkreter Politik finden, um insgesamt glaubwürdig (und attraktiv) zu bleiben. Zugleich kann so die häufig beschworene Forderung „Primat der Politik“ unterstrichen und dem Eindruck einer fortschreitenden Entparlamentarisierung (mit den damit verbundenen Legitimationsproblemen) entgegengetreten werden. Mit Blick auf Programmatik müssen Parteien schließlich politikfeldübergreifende, aber gleichwohl konsistente Angebote machen – genau das unterscheidet sie von NGOs und sozialen Bewegungen, mit denen Parteien daher auch nicht konkurrieren *sollten*. Auch das erfordert ein klares, übergreifendes Leitbild.

2. Binnenreformen der Parteien können die Rolle von Mitgliedern stärken und damit die Mitgliedschaft interessanter machen.

Die Eintrittsquoten in Parteien gehen zurück, als Folge werden die Parteimitglieder im Durchschnitt immer älter. Zugleich gilt in der Tendenz aber weiterhin: „Wer drin ist in der Partei, bleibt in der Regel“ – allerdings nicht unbedingt als aktives Mitglied, selbst wenn – wie Studien zeigen – ein solches Interesse vorhanden ist. Um die Mitglieder zu revitalisieren, sollten die tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten gestärkt werden, ggf. auch auf alternativen, bislang nicht verwendeten Wegen, etwa per Internet oder per Briefwahl (auch wenn dies an verschiedenen Stellen Änderungen der gesetzlichen Grundlagen der Arbeit von Parteien erfordert). Den Mitgliedern sollten ehrliche, konsequenzenreiche Angebote zur Partizipation gemacht werden. Auch Flexibilisierungen der Mitwirkungsmöglichkeiten (projekt- oder themenbezogen), gerade für bestimmte Zielgruppen (junge Leute, Vollzeitbeschäftigte) erscheinen sinnvoll. Schließlich mangelt es – dies im Gegensatz zu sozialen Bewegungen – an der Anerkennungskultur für die Mitarbeit in Parteien.

3. Wenn die Menschen nicht mehr zu den Parteien kommen, müssen die Parteien zu den Menschen gehen.

Der Willensbildungsprozess in den Parteien muss sich grundlegend wandeln. In einer frühen Phase müssen bereits Räume für öffentliche Diskurse geschaffen werden; es darf nicht zuerst der parteiinterne Willensbildungsprozess ablaufen, um erst damit nach außen zu gehen. Von Beginn an – diskutiert unter Stichwörtern wie „Management der Vielfalt“, „Community Organizing“ und „local scouts“ – müssen die Bedürfnisse der betroffenen Menschen einbezogen werden. Gleichzeitig muss sich auch die Organisation für Sympathisanten öffnen. Gerade bei öffentlichen Wahlämtern ist die Idee von „Vorwahlen“ vorstellbar, wenn zugleich Verbindlichkeit garantiert werden kann. Solche Mechanismen sichern zugleich die Massentauglichkeit der Kandidaten über die Partei hinaus.